

## **ANTRAG**

**der Fraktion der NPD**

### **Regierungserklärung zur Lage der Werftindustrie in Mecklenburg und Vorpommern abgeben**

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, während dieser Landtagssitzung eine Regierungserklärung zur Lage der Werftindustrie in Mecklenburg und Vorpommern abzugeben.

1. Die Erklärung soll eine klare Darstellung der Gründe für die erschreckend geringe Zahl an Aufträgen der Werften in Mecklenburg und Vorpommern enthalten. Des Weiteren ist bis zur nächsten Landtagssitzung der genaue Finanzbedarf der Werften bis Ende 2010 zu ermitteln. Zugrunde gelegt werden sollen dabei die Jahresabschlüsse/Lageberichte aller Werften der vergangenen drei Jahre sowie zunächst die Zahl der noch abzuarbeitenden Aufträge.
2. Darüber hinaus ergeht hiermit an die Landesregierung die Aufforderung, ebenfalls bis zur nächsten Landtagssitzung ein Konzept zur Akquise neuer Aufträge vorzulegen und gleichfalls bis zu diesem Zeitpunkt die optimale Höhe möglicher weiterer Hilfen durch das Land Mecklenburg-Vorpommern festzustellen, wobei in die Überlegungen auch das Landesförderinstitut (LFI) als rechtlich nicht selbstständiger Teil der Nord/LB, an dem das Land indirekt über den Sparkassen-Beteiligungs-Zweckverband (SZV) M-V mit 5,22 Prozent beteiligt ist, einbezogen werden soll. Laut Mitteldeutschem Rundfunk vom 25. Februar d. J. gibt die Nord/LB an kleinere und mittlere Unternehmen besicherte Wertpapiere aus, um diese vor Kreditproblemen zu bewahren. Damit sollten Nachteile im Wettbewerb mit den Banken verhindert werden, die Garantien des Bundes und anderer Staaten beanspruchen.

3. Öffentlichkeit und Landtag sind über die Struktur der Wadan Yards MTW GmbH und die Eigner- und Gruppenstruktur der Wadan Yards AS unter besonderer Berücksichtigung der offiziell russischen Investment-Gesellschaft FLC (Finance Leasing Corporation) in allen Einzelheiten aufzuklären.

In diesem Zusammenhang möge die Landesregierung nicht zuletzt auch zu einem entscheidenden Punkt Stellung beziehen: Inwieweit entsprechen die Darstellungen jenes Beitrages, der am 25. Februar 2009 auf der NPD-Landesnetzseite unter Berufung auf die russische Nachrichten-Agentur RIA Novosti (25. März 2008) erschien, den Tatsachen? Sollte dies nicht der Fall sein, möge die Landesregierung der Öffentlichkeit und dem Landtag ihre Darstellungen unter Angabe der Zeitpunkte, zu denen sie ihre Informationen erhielt, unter Angabe der Quellen vortragen. Auch soll die Landesregierung erläutern, welche Informationen ihr im März und im September 2008, also im Zeitraum des Übernahmeprozesses durch die FLC vorgelegen haben.

In besagtem Bericht der Agentur RIA heißt es zur Investment-Gesellschaft FLC West, die im Herbst 2008 die Aker-Werften in Wismar und Warnemünde als nicht branchengebundener Investor kaufte und sich in Rußland mit Leasing-Geschäften in der zivilen Luftfahrt befasst, unter anderem:

„In der Flugzeugbranche ist die FLC deshalb bekannt, dass sie bis heute den Vertrag über die Auslieferung von zehn Tu-214-Maschinen nicht erfüllen kann. Nach Ansicht des Herstellers der Maschinen, der Kasaner Produktions-Vereinigung für Flugzeugbau, hängt das mit der Unterfinanzierung des Vertrags und mit der Verspätung der Leasing-Zahlungen zusammen. Die FLC-Leitung gab im Voraus zu, dass sie den Vertrag wegen verzögerter Bewilligungen aus dem Staatshaushalt 2005 nicht finanzieren könne.“ Im RIA-Bericht kommen auch russische Fachleute zu Wort: „Heute ist nur eine Maschine fertig, und die Aussichten auf die Übergabe der übrigen Liner an den Kunden wirken nebelhaft: 2008 wird der Betrieb wahrscheinlich höchstens zwei Maschinen bauen können“, wird Oleg Pantelejew, Leiter des Analytischen Dienstes der Agentur „Aviaport“ von RIA Novosti zitiert. Alexander Lebedjew, Miteigner von Iljuschin Finans Ko. (IFK), zufolge befasse sich FLC nicht mit der ihr zugewiesenen Hauptaufgabe, der Fertigung von Flugzeugen, sondern mit „allem Möglichen“, so mit Finanzen, Leasing, Aktien und nunmehr dem Kauf ausländischer Schiffbau-Gesellschaften, was selbst russische Fachleute überraschte.

Der Verdacht liegt nahe, dass auch FLC als Mehrheitseigner der Wadan-Werften - in welchem Maße auch immer - in Spekulationsgeschäfte verstrickt war oder noch ist, woraus sich an die Landesregierung die Forderung ergibt, auch zu diesem Punkt Stellung zu beziehen oder gegebenenfalls bis zur nächsten Landtagssitzung hierüber Erkundigungen einzuziehen und sie Öffentlichkeit und Landtag detailliert vorzutragen.

Die im RIA-Bericht geschilderte Praxis gibt zur Sorge Anlass, für die beiden Wadan-Werften in Mecklenburg das Schlimmste zu befürchten ist. Denn auch hier weist der Auftragsbestand erschreckende Zahlen aus. Die Landesregierung sprang den Werften erstmals Ende 2008 mit einem 60-Millionen-Euro-Darlehen bei, wobei die Investoren schon damals erklärt haben sollen, zurzeit über keine operativ verfügbaren Mittel für die hiesigen Werften zu verfügen.

In diesem Zusammenhang wird die Landesregierung aufgefordert, auch zu sämtlichen wann getätigten Zusagen der FLC-Investoren über Sicherheiten und sonstige Zuwendungen zugunsten der Wadan-Werften unter Einbeziehung zugesagter Summen Auskunft zu geben.

**Udo Pastörs und Fraktion**